

Informationen zur Datenverarbeitung personenbezogener Daten von Hinweisgebern gem. Art. 13, 21 DSGVO

Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Wir verarbeiten Ihre Daten nach Maßgabe der EU-Datenschutz Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG). Im Folgenden informieren wir Sie gem. Art. 12, 13 und Art. 21 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer Daten.

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich? (Art. 13 Abs. 1 a), b) DSGVO)

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:

Conceptec GmbH

Bleichstr. 5

45468 Mülheim an der Ruhr

E-Mail: office@conceptec.de

Fragen zum Datenschutz können Sie stellen an:

E-Mail: info@conceptec.de

Zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten? (Art. 13 Abs. 1 c), d) und 2 f) DSGVO)

Wir verarbeiten nur solche personenbezogenen Daten, die Sie uns im Rahmen Ihrer Meldung an uns in unserer Funktion als interne Meldestelle zur Verfügung stellen.

Der Zweck der Verarbeitung besteht in der Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben als Meldestelle. Diese umfassen u.a. die Prüfung der Meldung, die Kommunikation mit Ihnen zur weiteren Aufklärung des gemeldeten Sachverhalts, die anonymisierte Weitergabe an Ihren Arbeitgeber und eine Rückmeldung an Sie über die aufgrund Ihrer Meldung ergriffenen oder geplanten Maßnahmen.

Die Rechtsgrundlage ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit § 10 Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG). Danach sind Meldestellen berechtigt, die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten.

Wir verwenden Ihre personenbezogenen Daten in keiner Weise zur automatisierten Entscheidungsfindung oder zum Profiling.

Wer bekommt Ihre personenbezogenen Daten? (Art. 13 Abs. 1 e), f) DSGVO)

Wir betreiben als Dienstleister die Meldestelle und teilen die Meldungsinformationen mit Ihrem Arbeitgeber, damit dieser geeignete Maßnahmen treffen kann.

Wenn Sie uns Ihre Einwilligung erteilen, können wir die Daten zu Ihrer Person mit unserem Ansprechpartner bei Ihrem Arbeitgeber teilen. Der Ansprechpartner Ihres Arbeitgebers, welcher mit uns beim Hinweisgeberschutz zusammenarbeitet, ist schriftlich verpflichtet worden, alle Informationen, die wir mit ihm teilen, geheim zu halten. Die Weitergabe Ihrer

Daten kann hilfreich sein, um die Zusammenarbeit zwischen uns und Ihrem Arbeitgeber zu erleichtern und um geeignete Maßnahmen hinsichtlich Ihrer Meldung zu treffen.

Wenn Sie nicht einwilligen, werden wir Ihre Meldung anonymisieren, d.h. wir werden die Daten zu Ihrer Person sowie solche Meldungsinhalte, die Rückschlüsse auf Ihre Person zulassen, entfernen.

Sollte es in Ihrer Meldung um die Begehung einer Straftat gehen oder sollte es zu einem gerichtlichen Rechtsstreit kommen, werden wir – soweit wir hierzu gesetzlich verpflichtet sind – Ihre Daten an die zuständige Strafverfolgungsbehörde oder das zuständige Gericht herausgeben.

Wir verarbeiten Ihre Daten ausschließlich in Deutschland und haben keine Absicht, die Daten in Drittländern zu verarbeiten.

Wie lange werden die Daten gespeichert? (Art. 13 Abs. 2 a) DSGVO)

Grundsätzlich verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur solange, wie es zur Erfüllung der oben genannten Zwecke erforderlich ist.

Nach § 11 des Hinweisgeberschutzgesetzes sind Meldungen zu dokumentieren und die Dokumentation ist für 3 Jahre aufzubewahren. Um dieser gesetzlichen Pflicht nachzukommen, speichern wir alle für Ihre Meldung relevanten personenbezogenen Daten für diese Dauer. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist löschen wir Ihre Meldung einschließlich Ihrer personenbezogenen Daten.

Welche Rechte und Pflichten haben Sie? (Art. 13 Abs. 2 b), c), d), e) DSGVO)

Jede betroffene Person hat folgende Rechte:

- Gem. Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht auf Auskunft. Das bedeutet, Sie können von uns eine Bestätigung verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten und welche Daten dies sind.
- Gem. Art. 16 DSGVO haben Sie das Recht auf Berichtigung. Das bedeutet, Sie können von uns die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten verlangen.
- Gem. Art. 17 DSGVO haben Sie das Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“). Das bedeutet, Sie können von uns verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden – es sei denn wir können Ihre Daten nicht löschen, weil wir z.B. gesetzliche Aufbewahrungspflichten beachten müssen.
- Gem. Art. 18 DSGVO haben Sie das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung. Das bedeutet, wir dürfen Ihre personenbezogenen Daten - abgesehen von ihrer Speicherung - praktisch nicht mehr verarbeiten.
- Gem. Art. 20 DSGVO haben Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit. Das bedeutet, Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln.
- Gem. Art. 7 Abs. 3 DSGVO haben Sie das Recht auf jederzeitigen Widerruf einer erteilten Einwilligung für die Zukunft.
- Gem. Art. 13 DSGVO haben Sie ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Nordrhein-Westfalen

Hausanschrift: Kavalleriestr. 2 – 4, 40312 Düsseldorf

Postanschrift: Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf

Tel.: +49 (0) 211/38424-0

E-Mail-Adresse: poststelle@ldi.nrw.de

Sie sind nicht verpflichtet, uns personenbezogene Daten von Ihnen zur Verfügung zu stellen. Ohne Ihre Daten, können wir möglicherweise keine Rücksprache mit Ihnen halten und Ihnen keine Rückmeldung über die Ergebnisse Ihrer Meldung zukommen lassen.

Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass wir als Meldestelle Ihre Identität geheim halten und nicht ohne Ihre Zustimmung mit Ihrem Arbeitgeber teilen.

Informationen über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 f) der DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage berechtigter Interessen) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein etwaiges auf diese Bestimmung gestütztes Profiling (Art. 4 Nr. 4 DSGVO).

Wenn Sie Widerspruch einlegen, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen